

«Bei vielen ist die Grenze der Belastung erreicht»

Nach den schockierenden Vorfällen von München Ende Juni betont LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp: Lehrerinnen und Lehrer dürfen nicht für alles, was in Schule, Familie und Gesellschaft schief läuft, verantwortlich gemacht werden. Und sie müssen unzumutbare Belastungen zurückweisen.



Beat W. Zemp, Zentralpräsident LCH

Der brutale Gewaltausbruch dreier vorbestrafter Schüler auf der Klassenfahrt nach München hat verständlicherweise grosse Betroffenheit in der Bevölkerung ausgelöst. Auch der LCH hat viele Reaktionen erhalten. Während die einen die jugendlichen Täter am liebsten für zehn Jahre wegsperren wollten, warfen andere den beteiligten Lehrpersonen eine Mitschuld vor. Denn Lehrer seien für das Verhalten von Schülern auf Schulreisen verantwortlich. Doch als bekannt wurde, dass die jugendlichen Schläger wegen Tötlichkeiten und anderen Delikten vorbestraft waren und die Lehrer nichts davon wussten, verstummte diese Kritik.

Die Strafjustizbehörde begründete die fehlende Weiterleitung von Vorstrafen an die Schulen mit dem Persönlichkeitsschutz der Schüler und stiess damit auf grosses Unverständnis und Empörung bei der Bevölkerung und den Lehrpersonen. Prominente Politikerinnen und Politiker fordern nun eine Änderung der heutigen Praxis und eine automatische Informationspflicht an die Schulbehörden.

Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH hat bereits vor zwei Jahren in einer Stellungnahme zu einem Bericht des Bundesamts für Justiz, der noch von Bundesrat Blocher zum Thema Jugendgewalt in Auftrag gegeben wurde, eine Reihe von Massnahmen gefordert. Darunter befindet sich auch die zentrale Forderung, dass die Schulbehörden und die Klassenlehrpersonen über Verurteilungen von jugendlichen Tätern informiert werden müssen. Offenbar muss immer zuerst etwas Schlimmes passieren, bevor solche Forderungen aus der Schulpraxis erfüllt werden. Wie soll ein Klassenlehrer seine Obhut- und Sorgfaltspflicht bei der Vorbereitung und Durchführung von Klassenlagern und Abschlussreisen wahrnehmen, wenn er nicht einmal weiss, ob einer seiner Schüler wegen Tötlichkeiten vorbestraft ist? Dieser Zustand ist unhaltbar und muss bei der nächsten Revision des Jugendstrafrechts korrigiert werden.

Probleme und Aggressionen nehmen zu

Doch es geht hier um viel Grundsätzlicheres als um die Frage der Informationspflicht gegenüber der lokalen Schulbehörde. Seit dem Mord an einem St. Galler Reallehrer vor zehn Jahren, der eine seiner Schülerinnen vor den sexuellen Übergriffen ihres gewalttätigen Vaters rettete und einen Suizidversuch des Mädchens verhinderte, ist allen Lehrpersonen klar geworden, dass Probleme mit schwierigen Schülern oder Eltern zu ernsthaften Krisensituationen im Beruf führen können.

Bedrohungen und verbale Aggressionen gegen Lehrpersonen haben zugenommen. Immer mehr Schüler sind durch normale erzieherische Massnahmen in der Schule nicht oder nur schlecht führbar. Gleichzeitig steigen aber die erzieherischen Ansprüche an die Schule weiter. Es gibt beispielsweise viele Untersuchungen über die sinkende Gesundheit von Schulkindern, über die Risikofaktoren von Fettleibigkeit im Schulalter oder über den Konsum von

Alkohol und Drogen im Jugendalter. Und es gibt ebenso viele Präventionsprogramme und Projekte, um die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Die «Reparaturwerkstatt Schule» soll wieder mal richten, was die Gesellschaft versäumt hat. Die Liste ist lang, von A wie Antirassismus bis Z wie Zahnhygiene, und sie fordert und überfordert immer mehr Lehrpersonen.

Zwar gibt es auch in vielen anderen Berufen hohe Anforderungen an Flexibilität und persönlichem Engagement. Aber der Lehrberuf zeichnet sich zusätzlich durch eine ganze Reihe von Dilemmasituationen aus, die nicht lösbar sind und die im besten Fall etwas entschärft werden können, um sie besser auszuhalten. Dazu gehört auch die Frage, wie viel (Nach-)Erziehung die Schule überhaupt leisten kann. Denn das Primat der Erziehung liegt bei den Erziehungsberechtigten und nicht bei der Schule. Die Folgen mangelnder Erziehung und zunehmender Disziplinlosigkeit sind jedoch vor allem in der Schule zu spüren. Sie erschweren den Unterricht und mindern die schulischen Leistungen dieser Kinder und Jugendlichen.

Sisyphusarbeit für Lehrpersonen

Lehrpersonen andererseits sind in erster Linie für die Ausbildung der Schüler zuständig, was natürlich auch erzieherische Massnahmen einschliesst. Nicht immer stossen diese aber auf Verständnis und Unterstützung bei den Erziehungsberechtigten. Kommt dazu, dass unsere Gesellschaft und damit auch die Zusammensetzung in den Schulklassen immer heterogener wird. Das erschwert die Akzeptanz von erzieherischen Massnahmen und von allgemeinen Verhaltensregeln zusätzlich. Erziehung wird so zur Sisyphusarbeit für Lehrpersonen!

Lehrerinnen und Lehrer dürfen daher nicht für alles, was in Schule, Familie und Gesellschaft schief läuft, verantwortlich gemacht werden. Eine realistische Einschätzung, was schulische Erziehung unter den heutigen schwierigen Bedingungen noch leisten kann, ist drin-



Archivbild: Tommy Furrer

«Eine realistische Einschätzung, was schulische Erziehung unter den heutigen schwierigen Bedingungen noch leisten kann, ist dringend nötig.»

gend nötig. Ich bekomme fast jede Woche neue Forderungen von irgendwelchen Lobbygruppen, die ein spezielles erzieherisches Anliegen haben, das die Schule auch noch irgendwie aufnehmen soll. So geht das nicht weiter. Schulbehörden und Lehrpersonen müssen neue Aufgaben konsequent zurückweisen, wenn die notwendigen personellen, finanziellen oder zeitlichen Ressourcen zur Erfüllung dieser Aufgaben nicht zur Verfügung stehen oder wenn eine neue Aufgabe nicht zum Kernauftrag der

Schule gehört. Denn für viele Lehrpersonen ist die Belastungsgrenze heute erreicht, für einige bereits überschritten. Das hat auch eine Studie des Bildungsdepartements zu den Arbeitsbedingungen des Lehrpersonals im Kanton Aargau eindrücklich gezeigt. Eine gesunde, leistungsfähige und optimistische Lehrerschaft ist und bleibt aber der wichtigste Erfolgsfaktor für eine Bildungspolitik, die von der Schule sowohl Spitzenresultate als auch mehr Chancengerechtigkeit will.

Mit Fäusten und Fusstritten

Drei 16-jährige Schüler aus Küsnacht im Kanton Zürich schlugen am Abend des 30. Juni 2009 innert einer halben Stunde fünf Männer zusammen und verletzten sie teils schwer. Zuerst traktierten die Jugendlichen in einem Park in der Münchner Innenstadt drei 45- bis 64-jährige Arbeitslose – einer von ihnen schwer körperbehindert – mit Faustschlägen und Fusstritten. Dann, kurz vor 23.30 Uhr, schlugen sie in der Nähe einen norddeutschen Geschäftsmann halb tot, und schliesslich kreuzten sie auch noch den Weg eines 27-jährigen bulgarischen Studenten, den sie ebenfalls attackierten und verletzten. In zwei Fällen ging die Staatsanwaltschaft von einem Mordversuch aus. In drei weiteren Fällen – darunter des Körperbehinderten – wurde wegen schwerer Körperverletzung ermittelt.

«Notfalls abbrechen»

Aus Interviews mit LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp im Zusammenhang mit dem «Fall München».

- «Wir empfehlen ein striktes Konsumverbot von Alkohol während des gesamten Anlasses für alle Teilnehmenden, also auch für Lehrpersonen. Denn die Leiter müssen im Notfall jederzeit bereit sein einzugreifen oder Vorkehrungen zu treffen, um Schlimmeres zu verhüten. Das verträgt sich nicht mit Alkoholkonsum.»
- «Die Lehrperson muss genügend geeignetes Begleitpersonal mitnehmen, damit die Obhuts- und Aufsichtspflicht erfüllt ist. Sie muss auch den Ort rekognoszieren, um die Gefahr eines Unfalls einschätzen zu können.»
- «Ein Lehrer kann nicht annehmen, dass seine Schüler ohne jeden Grund Passanten und sogar Behinderte zusammenschlagen. Meist geht es umgekehrt darum, dass den Schülern nichts passiert. Ich gehe seit Jahren mit 18- bis 19-jährigen Schülern der Maturaklasse auf die Abschlussreise und gebe ihnen Anweisungen, obwohl sie volljährig sind. Ich warne sie beispielsweise vor dubiosen Plätzen oder vor Überfällen in Barcelona. Ausserdem dürfen sie nur in Dreiergruppen unterwegs sein, damit sie einander beistehen oder Hilfe holen können, wenn etwas passiert. Die Obhutspflicht kann ich als Lehrer nicht delegieren.»
- «Es gibt in diesem Beruf zunehmend Situationen, die nicht mehr alleine zu meistern sind, etwa bei gewalttätigen Übergriffen, Suizidversuchen von Jugendlichen oder bei massiven Bedrohungen von Schülern und Lehrpersonen. In solchen Fällen gehört es zum professionellen Verhalten, die Überforderung zu akzeptieren und bei Fachleuten und Kriseninterventionsteams rechtzeitig Hilfe anzufordern. Die Entstehung von kleineren und mittelschweren Krisensituationen in einer Klasse gehört heute zum Schulalltag wie Turbulenzen beim Fliegen. Der Pilot muss wissen, wann er eine Krisensituation selber noch bewältigen kann, und wann er notfalls einen Flug abbrechen muss.»

Weiter im Netz

www.edyoucare.net

sda